

Gesetz über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank

vom 24. Mai 1976 (HmbGVBl. S. 139), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 165)

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

Der Senat kann eine öffentliche Spielbank zulassen.

§ 2

(1) Die Errichtung und der Betrieb der öffentlichen Spielbank bedürfen der Erlaubnis nach diesem Gesetz. Genehmigungspflichten nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt und aufrechterhalten werden, wenn die Spielbankunternehmerin oder der Spielbankunternehmer beziehungsweise die an der Gesellschaft des Spielbankunternehmens beteiligten Personen und die sonst verantwortlichen Personen des Spielbankunternehmens die für die ordnungsrechtlich und wirtschaftlich einwandfreie Durchführung des Spielbetriebs erforderliche Zuverlässigkeit besitzen. Das Spielbankunternehmen hat seinen Geschäftssitz in Hamburg zu nehmen und während der Dauer der Erlaubnis dort zu behalten.

(3) Die Erlaubnis darf natürlichen Personen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts erteilt werden. Personenvereinigungen darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn es sich um Personengesellschaften, an denen ausschließlich natürliche Personen beteiligt sind, oder um Gesellschaften handelt, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar sämtliche Gesellschaftsanteile halten. Die Erlaubnis ist nicht vererblich; sie darf nicht, auch nicht teilweise, auf Dritte übertragen oder Dritten zur Ausübung überlassen werden. Eine Änderung der Gesellschaftsform oder der Gesellschafterzusammensetzung, die Einräumung einer stillen Beteiligung oder einer Unterbeteiligung jeglicher Art sowie das Eingehen einer stillen Beteiligung oder einer Unterbeteiligung jeglicher Art und die Aufnahme von Darlehen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde.

(4) Die Erlaubnis wird befristet, höchstens für einen Zeitraum von 15 Jahren, erteilt. Die Wiedererteilung ist im Rahmen eines neuen Vergabeverfahrens nach Absatz 5 möglich. Die Erlaubnis kann Auflagen enthalten, insbesondere über

1. besondere Pflichten bezüglich der Errichtung und Einrichtung der Spielbank,
2. die technische Beschaffenheit der Geräte einschließlich der Spielautomaten,
3. die Abwicklung der finanziellen Verpflichtungen der Spielbank,
4. Sicherheitsvorkehrungen, einschließlich visueller Überwachungsmaßnahmen,
5. Pflichten gegenüber der Steuerverwaltung,
6. die Auswahl des Personals der Spielbank,
7. die Einhaltung der Spielordnung vom 19. Dezember 2006 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 605,639), zuletzt geändert am 5. Januar 2010 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2), in der jeweils geltenden Fassung.

Zur Sicherung des ordnungsrechtlich einwandfreien Betriebs der Spielbank können die Auflagen während der Laufzeit der Erlaubnis ergänzt oder geändert und weitere Auflagen erlassen werden.

(5) Für die Vergabe der Erlaubnis ist öffentlich unter Hinweis auf dieses Gesetz zur Abgabe von Anträgen aufzufordern. Die Frist zur Abgabe eines Antrags soll mindestens drei Monate betragen. Anträge, die nach Ablauf der Frist eingehen, dürfen bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden. Die zuständige Behörde kann nach Fristablauf mit Antragstellerinnen beziehungsweise Antragstellern in Verhandlungen über Änderungen der Anträge treten. Hierbei kann die Behörde sich auf die bestgeeigneten Anträge konzentrieren, ohne dass hiermit

bereits eine abschließende Entscheidung über die Auswahl verbunden ist. Bei der Auswahlentscheidung sind neben den ordnungsrechtlichen insbesondere wirtschaftliche und fiskalische Aspekte zu berücksichtigen.

§ 3

(1) Das Spielbankunternehmen hat an die Freie und Hansestadt Hamburg eine Spielbankabgabe in Höhe von 55 vom Hundert der Bruttospielerträge zu entrichten. Zusätzlich hat das Spielbankunternehmen kalenderjährlich eine Sonderabgabe in Höhe von 25 vom Hundert der Bruttospielerträge abzuführen, jedoch nur soweit dem Unternehmen ein angemessener Gewinn verbleibt. Zusätzlich ist für jedes Kalenderjahr ein nach Abzug dieser Abgaben den angemessenen Teil übersteigender Gewinn zur Hälfte, jedoch bis höchstens weitere 10 vom Hundert der Bruttospielerträge abzuführen. Als angemessen gilt ein Gewinn von 2,5 vom Hundert der Bruttospielerträge. Bemessungsgrundlage ist das nach dem Handelsgesetzbuch zu ermittelnde Jahresergebnis des Unternehmens, das um folgende Beträge zu erhöhen ist:

1. Aufwendungen im Zusammenhang mit der Überlassung von Kapital (insbesondere Zinsen, Vergütungen für stille Beteiligungen) durch Gesellschafterinnen und Gesellschafter,
2. Aufwendungen infolge von Ergebnisabführungsverträgen,
3. Aufwendungen infolge von Verlusten aus Beteiligungen und Abschreibungen auf Beteiligungen,
4. Aufwendungen, die ein Zulassungsinhaber in der Rechtsform einer Personengesellschaft, an Gesellschafterinnen und Gesellschafter für dessen Tätigkeiten im Dienst der Gesellschaft oder im Zusammenhang mit der Überlassung von Wirtschaftsgütern, Nutzungen oder Leistungen erbringt,
5. sonstige Aufwendungen, soweit sie durch das Gesellschafterverhältnis veranlasst sind und das Jahresergebnis gemindert haben.

(2) Die tarifliche Spielbankabgabe nach Absatz 1 ermäßigt sich um die nach dem Umsatzsteuergesetz geschuldete und zu entrichtende Umsatzsteuer auf Grund von Umsätzen, die durch den Betrieb der Spielbank bedingt sind. Die maßgeblichen Umsatzsteuerfestsetzungen gelten insoweit als Grundlagenbescheide im Sinne des § 171 Absatz 10 der Abgabenordnung in der Fassung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. 2002 I S. 3869, 2003 I S. 61), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2475).

(3) Bruttospielerträge sind:

1. die Beträge, um die die Spieleinsätze die Gewinne übersteigen, wenn die Spielbank ein Risiko trägt (z. B. beim Roulette). Tagesverluste sind auf die Bruttospielerträge der nächsten Tage anzurechnen;
2. die Beträge, die der Spielbank zufließen, wenn die Spielbank kein Risiko trägt (z. B. beim Baccara).

(4) Nicht abgeholte Einsätze und Gewinne sowie Beträge, die nach Ende der Einsatzmöglichkeit gesetzt und von der Spielerin oder dem Spieler nicht zurückgenommen werden, sind dem Bruttospielertrag zuzurechnen. Falsche Spielmarken, falsche Geldscheine und falsche Münzen sowie Spielmarken anderer Spielbanken an den Spieltischen mindern den Bruttospielertrag nicht; sie sind mit dem Wert zu berücksichtigen, mit dem sie am Spiel teilgenommen haben. Falsche Münzen in den Spielautomaten zählen nicht zum Bruttospielertrag; Münzen anderer Währungen sind mit dem Kurswert dem Bruttospielertrag zuzurechnen.

§ 4

(1) Zuwendungen der Besucherinnen und der Besucher an die Spielbank oder an das spieltechnische Personal und das Kassenpersonal sind verboten, außer wenn die Zuwendungsbeträge unverzüglich den in der Spielbank dafür aufgestellten Behältern (Tronc) zugeführt werden. Zum Troncaufkommen gehören auch Beträge, die im Automatenspiel im Falle des Gewinns automatisch einbehalten werden, ohne dass die Besucherinnen und Besucher hierüber selbst verfügen können (Zwangstronc). Der Zwangstronc ist gesondert zu erfassen.

(2) Aus dem Troncaufkommen hat das Spielbankunternehmen eine besondere Abgabe in Höhe von 4 vom Hundert zu leisten. Die Troncabgabe ist für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

(3) Den verbleibenden Teil des Troncaufkommens hat das Spielbankunternehmen nach einer von der zuständigen Behörde zu genehmigenden Troncordnung zugunsten der Bediensteten der Spielbank zu verwenden.

(4) Der Anspruch auf die Troncabgabe entsteht mit dem Ende des Spielgeschehens am jeweiligen Spieltag. Der Anspruch wird am zehnten Tag nach Ablauf des Anmeldezeitraums fällig. Das Spielbankunternehmen hat spätestens am zehnten Tag eines Kalendermonats für den vorangegangenen Monat eine Anmeldung nach einem amtlich vorgeschriebenen Vordruck abzugeben, in der es die Abgabe selbst berechnet. Die Anmeldung ist von einer zur Vertretung des Spielbankunternehmens berechtigten Person eigenhändig zu unterschreiben. Die Anmeldung gilt als Steueranmeldung im Sinne der Abgabenordnung.

§ 5

(1) Der Anspruch auf die Spielbank- und die Sonderabgabe entsteht mit dem Ende des Spielgeschehens an dem jeweiligen Spieltag. Dieser erstreckt sich auch auf den Zeitraum, der über den Kalendertag des Spielbeginns hinaus in den folgenden Kalendertag reicht. Der Anspruch wird am zehnten Tag nach Ablauf des Anmeldezeitraums fällig.

(2) Das Spielbankunternehmen hat täglich unmittelbar nach Ende des Spielgeschehens den Bruttospielertrag festzustellen und aufzuzeichnen. Der Bruttospielertrag ist nach Tischen oder Geräten getrennt zu ermitteln und aufzuzeichnen; die Zusammenfassung mehrerer Spielgeräte bedarf der vorherigen Zustimmung des Finanzamtes.

(3) Das Spielbankunternehmen hat für die Spielbankabgabe und für die Vorauszahlung auf die Sonderabgabe spätestens am zehnten Tag eines Kalendermonats für den vorangegangenen Monat Anmeldungen nach einem amtlich vorgeschriebenen Vordruck abzugeben, in denen es die Abgaben selbst berechnet hat. Bei der Berechnung der Spielbankabgabe ist nach Maßgabe des § 3 Absatz 2 die tarifliche Spielbankabgabe um die Umsatzsteuer auf Grund von Umsätzen zu ermäßigen, die durch den Betrieb der Spielbank bedingt sind. Die Anmeldungen sind von einer zur Vertretung des Spielbankunternehmens berechtigten Person eigenhändig zu unterschreiben. Sie gelten als Steueranmeldungen im Sinne der Abgabenordnung.

(3a) Für die Ermittlung der Höhe der Vorauszahlungen auf die Sonderabgabe hat die Spielbank jährlich eine Ertragsvorschau (Jahreswirtschaftsplan) bis zum 15. November vorzulegen. Die anhand der Ertragsvorschau ermittelte Sonderabgabe wird ins Verhältnis gesetzt zum Bruttospielertrag. Der sich danach ergebende Vomhundertsatz wird für das folgende Kalenderjahr als maßgeblicher Satz für die Vorauszahlung der Sonderabgaben herangezogen.

(3b) Die Zulassungsinhaberin oder der Zulassungsinhaber hat dem Finanzamt spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres eine Jahresanmeldung für die Sonderabgabe nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben, in der er die zu entrichtende Sonderabgabe selbst berechnet. Ist die Sonderabgabe größer als die Summe der anzurechnenden Vorauszahlungen, so ist der Unterschiedsbetrag zehn Tage nach Eingang der Jahresanmeldung fällig; ist die weitere Abgabe kleiner, so wird der Unterschiedsbetrag durch Aufrechnung oder Zurückzahlung ausgeglichen. Die Anmeldung ist von einer zur Vertretung des Spielbankunternehmens berechtigten Person eigenhändig zu unterschreiben. Sie gilt als Steueranmeldung im Sinne des § 168 der Abgabenordnung. Der Jahresanmeldung sind ein durch eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer geprüfter Jahresabschluss nebst Lagebericht sowie der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüferin oder des Wirtschaftsprüfers beizufügen.

(4) Auf die Spielbank-, die Sonder- und die Troncabgabe finden, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Abweichendes ergibt, die Vorschriften der Abgabenordnung sinngemäß Anwendung. Der Spielbetrieb sowie die Ermittlung des Bruttospielertrags und der Tronceinnahmen werden durch das Finanzamt in entsprechender Anwendung der §§ 210 und 211 der Abgabenordnung laufend überwacht; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Grundgesetz) wird insoweit eingeschränkt.

(5) Die Spielbank-, Sonder- und die Troncabgabe werden durch das zuständige Finanzamt verwaltet.

(6) Das Spielbankunternehmen ist über die durch Bundesrecht geregelte Steuerbefreiung hinaus für den Betrieb der Spielbank von der Zahlung derjenigen Landes- und Gemeindesteuern befreit, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank stehen.

§ 6

(1) Die Spielbank unterliegt der Aufsicht der zuständigen Behörde.

(2) Die Spielbank hat der zuständigen Behörde die im Zusammenhang mit der Aufsichtsführung verlangten

Auskünfte zu erteilen.

(2a) Die Spielbank hat im Kleinen Spiel ein automatisiertes Verfahren einzurichten und zu unterhalten, das zur Überwachung der Automaten-sicherheit und der steuerlichen Bemessungsgrundlage die wesentlichen Daten aller aufgestellten und betriebenen Spielautomaten laufend, manipulations-sicher und unterbrechungs-frei erfasst und dokumentiert (Automatenprotokollierung). Sie hat die Protokollierung der zuständigen Behörde zur Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zu übermitteln. Dies kann auch im Wege des automatisierten Abrufs erfolgen. Werden gleichzeitig Daten nach Absatz 2b genutzt, dürfen diese nur zusammengeführt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme einer Steuerordnungswidrigkeit oder einer Steuerstraftat rechtfertigen. Der Senat wird ermächtigt, das Nähere durch Rechtsverordnung zu regeln.

(2b) Zur Überwachung des ordnungsgemäßen Spiels und der Ermittlung des Bruttospielertrages sowie der Tronceinnahmen hat die Spielbank den Spielablauf in den, dem Publikum zugänglichen Räumen optisch-elektronisch zu erfassen und zu speichern (Videoüberwachung), soweit nicht Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen. Die Daten dürfen in erforderlichem Umfang ausschließlich für konkrete Zwecke der Spielbankaufsicht sowie zur Feststellung und Überprüfung der Besteuerungsgrundlagen und zur Verfolgung von Steuerordnungswidrigkeiten und Steuerstraftaten genutzt und hierfür an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die Übermittlung zur Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen kann auch im Wege des automatisierten Abrufs erfolgen. Der Senat wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere zu Speicherdauer, Kennzeichnungspflicht, Art und Umfang der Übermittlung und zur Auswertung im Zusammenhang mit dem automatisierten Verfahren nach Absatz 2a (Automatenprotokollierung) durch Rechtsverordnung zu regeln.

(2c) Die Spielbank ist verpflichtet in den Abrechnungsräumen die Installation und den Betrieb einer behördlichen Videoüberwachungsanlage der Steuerverwaltung zu dulden. Eine Erfassung der Besucherinnen und Besucher ist nicht zulässig. Der Senat wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere Erhebungszweck, Überwachungszeiträume, Speicherdauer sowie die erforderlichen technisch-organisatorischen Maßnahmen durch Rechtsverordnung zu regeln.

(3) Das Spielbankunternehmen hat unbeschadet seiner Rechtsform im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde eine Prüferin oder einen Prüfer des Jahresabschlusses zu bestellen.

(4) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine Spielordnung zu erlassen. In ihr kann insbesondere bestimmt werden

1. zu welchen Zeiten das Spiel erlaubt ist,
2. welche Spiele zugelassen sind.

Die Spielordnung ist in den Spielsälen auszuhängen.

§ 7

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen der Verpflichtung aus § 6 Absatz 2 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine Prüfungsmaßnahme behindert;
2. entgegen dem Verbot des § 4 Absatz 1 Zuwendungen nicht dem Tronc zuführt;
3. einer Vorschrift der auf Grund des § 6 Absatz 4 erlassenen Spielordnung zuwiderhandelt, soweit diese Verordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden.

§ 8

Das Gesetz, betreffend die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, vom 1. Juli 1868 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts II 7136-a) wird aufgehoben.

Hinweis: Die Inhalte dieser Webseite(n) werden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und in das Gesamtangebot der ISA-Guide implementiert. Obwohl sie regelmäßig gepflegt werden kann es vorkommen, dass Abhandlungen bzw. aufbereitete Rechtsvorschriften nicht (mehr) dem neuesten Stand entsprechen. Dies gilt insbesondere für Rechtsvorschriften des Auslandes. Sollten Sie dies einmal feststellen ist die Redaktion für entsprechende Hinweise dankbar. Trotz sorgfältiger Prüfung kann eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität des Angebots, insbesondere für eventuelle Schäden oder Konsequenzen, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der Inhalte entstehen, nicht übernommen werden. Alle Rechtsvorschriften stammen aus frei zugänglichen Quellen – in der Regel handelt es sich um redaktionell aufgearbeitete Texte amtlicher Verkündungsblätter; rechtsverbindlich ist der im amtlichen Mitteilungsblatt des jeweiligen Bundeslandes oder Staates veröffentlichte Text, dessen Fundstelle regelmäßig bezeichnet wird.

Alle angebotenen Inhalte in Wort und Bild dienen ausschließlich der persönlichen Information, ihre Verwendung bei Behörden und Gerichten zu dienstlichen Zwecken sowie die Nutzung zu Ausbildungs-, Wissenschafts- und Forschungszwecken ist unter Angabe der Quelle ausdrücklich erwünscht. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.